



Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Postfach 103013, 40021 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)
621/3 - 03.00 - 13275 -
145741/11

für die Mitglieder
des Hauptausschusses

120-fach



Telefon 0211 871-2795

Bericht der Landesregierung über Maßnahmen zur Extremismusprävention in Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Hauptausschusses des Landtags
übersende ich 120 Exemplare des Berichts der Landesregierung über
Maßnahmen zur Extremismusprävention in Nordrhein-Westfalen.

Mit freundlichen Grüßen


Ralf Jäger MdL

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211 871-2821
Telefax 0211 871-2980
kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de
www.mik.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 704, 709, 719
Haltestelle: Poststraße

Bericht der Landesregierung über Maßnahmen zur Extremismusprävention in Nordrhein-Westfalen

Vorbemerkungen

Seit dem Jahr 2008 informiert die Landesregierung den Landtag in jährlichen Berichten über Maßnahmen zur Extremismusprävention in Nordrhein-Westfalen. Der folgende Bericht skizziert aktuelle Projekte der Landesregierung, die das Ziel der Extremismusprävention verfolgen, und stellt den Fortgang längerfristiger Maßnahmen dar. Wie in den Vorjahren umfasst der Präventionsbericht insofern keine vollständige Darstellung der Aktivitäten zur Extremismusprävention: Erprobte Maßnahmen, die in vorangegangenen Berichten erläutert und in dieser Weise weitergeführt wurden, werden grundsätzlich nicht erneut erwähnt. Eingangs werden aktuelle Entwicklungen des politischen Extremismus in Nordrhein-Westfalen umrissen. Sie zeigen deutlich, dass Maßnahmen der Prävention keineswegs an Bedeutung verloren haben – extremistisches Denken und Handeln bleiben Herausforderungen für den demokratischen Verfassungsstaat und die demokratische Zivilgesellschaft.

Rechts-Links-Konfrontationen: neue Qualität der Gewaltbereitschaft

Die Konfrontationen zwischen der neonazistischen Szene – insbesondere dem Spektrum der Autonomen Nationalisten – und der linksextremistischen Autonomen Antifa nehmen zu und werden gewalttätiger. Anlässe sind in der Regel rechtsextremistische Veranstaltungen: Konzerte, interne Versammlungen und sonstige Aktionen der rechtsextremistischen Gruppierungen. Ziel der Autonomen Antifa ist es, die Aktionen der rechtsextremistischen Szene – ggf. auch mit Gewalt – zu stören, zu behindern oder zu verhindern. Dabei tritt häufig die Polizei an die Stelle des eigentlichen Gegners und wird mit der für die autonome Szene typischen Gewaltbereitschaft konfrontiert.

Eine neue Qualität der Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten zeigt beispielsweise der Fund von Sprengsätzen bei einer Demonstration dieser Szene in Berlin am 1. Mai 2010. Hier wurden an einer Polizei-Kontrollstelle selbst gefertigte Sprengsätze aufgefunden, deren Verwendung zu schweren, unter Umständen tödlichen Verletzungen hätte führen können. In diesem Zusammenhang verurteilte das Landgericht

Aachen im Februar 2011 zwei Szenenangehörige aus dem Umfeld der neonazistischen ‚Kameradschaft Aachener Land‘ zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe bzw. zu einer Jugendstrafe von jeweils zwei Jahren.

Die Gesamtzahl der politisch motivierten Delikte in Nordrhein-Westfalen ist 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 17,5 Prozent auf 4.650 Straftaten zurückgegangen und liegt damit wieder auf dem Niveau von 2008. Der besondere Anstieg der Delikte im Jahr 2009 war vor allem auf die Kommunalwahl und zwei Großdemonstrationen zurückzuführen, bei denen es mehrere hundert Straftaten durch Angehörige der links-extremistischen Szene gegeben hatte.

Salafismus: Gefahr der Radikalisierung

Salafisten sind die derzeit am stärksten wachsende islamistische Gruppierung in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Salafistisch orientierte Netzwerke sind in NRW sehr aktiv und stoßen mit der Propaganda (da’wa-Arbeit) für ihr extremistisches Islamverständnis gerade bei Jugendlichen auf erheblichen Zuspruch. Angesprochen fühlen können sich vor allem Jugendliche, die sich in einer Lebenskrise befinden und für schlichte Gut-Böse-Botschaften besonders empfänglich sind. In NRW beobachtet der Verfassungsschutz unter anderem den salafistischen Verein „Einladung zum Paradies“ und das Netzwerk „Die Wahre Religion“ wegen tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht islamistischer Bestrebungen. Die Ideologie politisch ausgerichteter Salafisten widerspricht in wesentlichen Punkten (Gesellschaftsbild, politisches Ordnungssystem, individuelle Freiheit) den Grundlagen der freiheitlichen Demokratie. In letzter Konsequenz kann diese extrem vereinfachende Ideologie bei jungen Menschen eine weitere Radikalisierung fördern, die in Terrorismus münden kann. Letztlich rechtfertigt der Salafismus Gewalt gegen „Ungläubige“ und auch gegen nicht-salafistisch orientierte Muslime.

Graue Wölfe: Feindbilder im Zentrum der Ideologie

Jugendliche sind auch die wichtigste Zielgruppe der „Grauen Wölfe“ – auch als „Ülkücü-Bewegung“ bekannt –, die unter anderem in Nordrhein-Westfalen durch zahlreiche Vereine präsent sind. Mit einer türkisch-nationalistischen Ideologie richten sich entsprechende Gruppierungen vor allem an Jugendliche mit türkischem Migrations-

hintergrund, die häufig bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben. Anhänger der „Grauen Wölfe“ sind in Deutschland größtenteils in der „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine“ (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu, ADÜTDF) organisiert, die der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen wegen tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen beobachtet. Im Zentrum der Ülkücü-Ideologie stehen Feindbilder: vor allem Kurden, Amerikaner, Juden und Armenier, aber auch Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten, zum Beispiel Homosexuelle. In besonders drastischer Weise werden diese Feindbilder über Websites, Online-Foren und Chats verbreitet. Dort wird vielfach in volksverhetzender Weise zu Körperverletzung, Mord und sogar Lynchjustiz aufgerufen. Solche Internetpräsenzen legen die Vermutung nahe, dass die Ülkücü-Bewegung das Entstehen einer extremistischen Jugendbewegung in Europa und auch in Deutschland fördert, die die Abgrenzung von der übrigen Gesellschaft propagiert. Sie entfalten dadurch eine starke integrationshemmende Wirkung.

Internet: Szene-Kommunikation und Propagandainstrument

Auch für praktisch alle anderen extremistischen Bestrebungen ist das Internet ein zentrales Instrument für die Vernetzung nach innen und die Propaganda nach außen. So verbreiten neonazistische Gruppen aus dem Spektrum der Autonomen Nationalisten seit dem September 2010 bundesweit eine CD-ROM mit multimedialen Materialien: „Jugend in Bewegung – Die Schüler-CD des Nationalen Widerstands“. Über eine eigene Website, über YouTube und Twitter bewerben die Urheber die CD. Dies geschieht auch in E-Mails an Schulen, die eine gefälschte Absenderkennung verwenden. Als Absender wird ein „Bundesministerium für politische Bildung“ mit einer Kontaktadresse des Deutschen Bundestags genannt – auf diese Weise geben die Initiatoren vor, dass es sich bei ihrem Produkt um ein „gemeinnütziges Schülerprojekt“ handele. Im Vergleich zu früheren neonazistischen CDs fällt das wesentlich modernere und professionellere Design auf. Die CD, die fortlaufend in aktualisierten Fassungen abrufbar ist, enthält beispielsweise Musik, Videos, Texte und Sprüh-schablonen mit rechtsextremistischen Parolen. Sie verharmlost die rechtsextremistische Szene und den Nationalsozialismus, diskreditiert das demokratische System und präsentiert den „Nationalen Sozialismus“ als einzige Alternative.

Gewaltverherrlichende Bilder, Videos und Postings im Internet haben auch eine hohe Bedeutung für die Radikalisierungsprozesse gewaltbereiter Islamisten. Exemplarisch für die jihadistische Agitation steht die Internetpropaganda der „Islamischen Bewegung Usbekistan“ (IBU): Mit Hilfe von Videobotschaften, Tonbändern oder schriftlichen Verlautbarungen wenden sich Sprecher dieser Organisationen direkt an junge Menschen und raten, auch gegen den Willen der Eltern „Schlachtfelder zu besiedeln“ und „die gewaltige Belohnung im Paradies“ zu ernten. So heißt es beispielsweise: „Der Islam ist die völlige Hingabe zu Allah. So mache das, was Allah will und nicht das, was deine Mutter will. So gehe dort hin, wo Allah dich sehen will und nicht auf die Universität oder auf den Arbeitsplatz, wo deine Mutter dich gerne sehen will.“

Die Aktivitäten der Landesregierung

Langfristigkeit und Nachhaltigkeit sind die wichtigsten Prinzipien der Extremismusprävention. Vor diesem Hintergrund greifen die Maßnahmen der Landesregierung einerseits aktuelle Entwicklungen in den extremistischen Spektren auf, Ansätze und Methoden dieser Maßnahmen werden kontinuierlich fortentwickelt. Andererseits verfolgen sie gleichbleibende grundlegende Ziele: Aufklärung durch Publikationen und Informationsveranstaltungen für alle relevanten Zielgruppen, die Förderung zivilgesellschaftlichen, bürgerschaftlichen Engagements für Grundwerte der Demokratie und gegen demokratiefeindliches Denken und Handeln sowie die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren der Präventionsarbeit. Hierzu gehört eine vertrauensvolle Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Stellen. Die meisten im Folgenden skizzierten Projekte finden in enger Kooperation mehrerer Ressorts der Landesregierung, der Ministerien mit Kommunen und/oder als gemeinschaftliche Maßnahmen der Landesbehörden und zivilgesellschaftlicher Partner statt. Zum Beispiel:

- **Publikationen:** Gemeinsam mit Partnern hat das Ministerium für Inneres und Kommunales den Sammelband „WIR oder Scharia? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention“ veröffentlicht. Das Buch ist aus einer Tagung hervorgegangen, die das MIK und die DI-TIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh im November 2010 veranstaltet hatten. Zum ersten Heft des Bildungscomics „Andi“, das den Fokus auf die rechtsextremistische Szene richtet, haben das Ministerium für Schule und Weiterbildung sowie das MIK eine Lehrerhandreichung mit Impulsen für den Einsatz im

Unterricht entwickelt. Ein Informationsangebot mit zusätzlichen, aktuellen Titeln zum politischen Extremismus liefert darüber hinaus das Publikationsprogramm der Landeszentrale für politische Bildung.

- **Informationsveranstaltungen:** Veranstaltungen, die die Landesministerien durchführen oder an denen sie mit anderen beteiligt sind, richten sich teils an eine breite Öffentlichkeit, teils gezielt an Jugendliche, teils an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren – insbesondere pädagogische Fachkräfte. Hierzu zählen die Projekttagge „Courage zeigen! Gegen Gewalt, Rassismus und Antisemitismus“, die die Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet. Gemeinsam mit dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ sowie dem Kreismuseum Wewelsburg hat das MIK die Tagung „Missbrauch historischer Orte und Daten durch Rechtsextremisten. Handlungsmöglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Kommunen“ auf der Wewelsburg durchgeführt.
- **Netzwerkbildung:** Das landesweite „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ hat seine Tätigkeit erfolgreich fortgesetzt. Es wurde im Rahmen der Landeskoordinierungsstelle eingerichtet, die in der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt ist, und stärkt den Austausch der Koordinierungsstelle mit zivilgesellschaftlichen Kräften. Das durch das Jugendministerium geförderte Netzwerk „Beratung von Familienangehörigen und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher in NRW“ ist ausgebaut und verstetigt worden. Zur Vernetzung der Prävention hat auch die Fortbildungsreihe „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ für Fachkräfte der außerschulischen politischen Bildungsarbeit beigetragen, die die Bundeszentrale für politische Bildung, jugendschutz.net und das MIK in Königswinter veranstaltet haben.

2. Ressortübergreifende Maßnahmen

2.1 Ministerium für Schule und Weiterbildung und Ministerium für Inneres und Kommunales

Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer zum Bildungscomic „Andi 1“

Im Jahr 2009 haben das Ministerium für Schule und Weiterbildung und die Abteilung Verfassungsschutz im damaligen Innenministerium gemeinsam eine Handreichung für den Unterricht der Sekundarstufe I zum Bildungscomic „Andi 2“ (Thema: „Demokratie, Islam, Islamismus“) erarbeitet und im November 2009 veröffentlicht. Anknüpfend an diese erfolgreiche Zusammenarbeit, wird im Herbst 2011 durch MIK und MSW eine erneut gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern erarbeitete Handreichung zum Heft „Andi 1“ (Thema: „Demokratie und Rechtsextremismus“) herausgegeben. Die Handreichung umfasst Unterrichtsentwürfe und ist so konzipiert, dass die Lehrkräfte mit diesen Entwürfen sehr flexibel arbeiten können. Sie bieten eine Grundlage für die konkrete Arbeit mit der Klasse und können je nach der Zusammensetzung der Lerngruppe, der Schulform und der Intention der Unterrichtsreihe modifiziert werden. Die „Andi“-Hefte verbinden das jugendnahe Stilmittel Comic mit Bildungsinhalten, die Zielgruppe sind Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren. Die Arbeit mit „Andi 1“ lässt sich gut in die vorgegebene kompetenz- und methodenorientierte schulformübergreifende Rahmenvorgabe Politische Bildung (Problemfeld 1: „Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“) einbinden. Auseinandersetzung mit Extremismus ist im Politikunterricht ein wiederkehrendes Thema. Verheißungen antidemokratischer Positionen und Organisationen zu widerstehen, ihnen das Wissen über die Bedeutung der Demokratie für den Einzelnen und die Gesellschaft gegenüberstellen zu können und sich für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu entscheiden und für sie einzutreten sind Ziele dieses Unterrichts. Ein positiver Bezug auf die Demokratie ist Dreh- und Angelpunkt des „Andi“-Projekts. Dass „Andi 1“ bis 2011 eine Auflage von 380.000 Heften erreicht hat und das Heft von den Ländern Hamburg und Niedersachsen nachgedruckt wurde, zeigt einen großen Bedarf, sich weiterhin intensiv mit der Problematik des Rechtsextremismus auseinanderzusetzen.

2.2 Ministerium für Schule und Weiterbildung, Ministerium für Inneres und Kommunales, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales und Landeszentrale für politische Bildung

„Islam? Islamismus?“

Eine Informationsreihe für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter“

Die Veranstaltungsreihe „Islam? Islamismus?“ ist ursprünglich eine Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung mit MIK, MAIS und MSW für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter. Ziel der Reihe ist es, die Grundlagen des Islam näher zu beleuchten, über den Islamismus aufzuklären und in Workshops die Thematiken auch im Bezug zum Schulalltag zu vertiefen. Sie konnte nach zwei Terminen in 2010 in der ersten Jahreshälfte 2011 wegen der vorläufigen Haushaltsführung nicht wie geplant fortgeführt werden. Sie soll in modifizierter Form wieder aufgenommen werden. Der Bezug auf Menschenrechte und Religionsfreiheit sind der Rahmen zur Lösung von Alltagskonflikten in Schule und Jugendarbeit. Mit einem Expertengespräch mit Praktikerinnen und Praktikern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern soll die Reihe entsprechend weiterentwickelt werden.

2.3 Ministerium für Inneres und Kommunales und Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

„Orientierungen und Identitäten muslimischer Jugendlicher – zwischen Abkehr und Hinwendung zur demokratisch-pluralistischen Gesellschaft“

Am 30. November 2011 findet in Essen die Fachtagung „Orientierungen und Identitäten muslimischer Jugendlicher – zwischen Abkehr und Hinwendung zur demokratisch-pluralistischen Gesellschaft“ statt, die das Ministerium für Inneres und Kommunales, das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) gemeinsam veranstalten.

Den Hintergrund bildet das immer stärkere Auftreten religiös begründeter extremisti-

scher Bestrebungen – insbesondere aus dem salafistischen Spektrum – unter jugendlichen Musliminnen und Muslimen. Ursachen, Methoden der Werbung islamisch argumentierender extremistischer Gruppen sowie Möglichkeiten der Extremismusprävention in diesem Bereich sollen auf der Tagung auch aus integrationspolitischer Sicht vorgestellt, diskutiert und bewertet werden.

Die Veranstaltung gliedert sich in drei Themenblöcke. Im ersten Teil wird die grundsätzliche Problematik von Identitäten und Orientierungssuche bei Heranwachsenden mit besonderem Augenmerk auf Schwierigkeiten, die sich für muslimische Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte ergeben, von Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft beleuchtet. Der zweite Teil thematisiert die Antworten und Angebote religiöser Extremisten auf diese Identitäts- und Orientierungsprobleme. Im dritten Block werden Beispiele aus der Praxis vorgestellt, welche Angebote die Gesellschaft jungen Menschen unterbreiten kann, um sie für diese zu gewinnen und nicht in den Extremismus abgleiten zu lassen.

Zielgruppe der Veranstaltung ist ein Fachpublikum, das sich aus Praktikerinnen und Praktikern der Jugend- und Sozialarbeit mit Muslimen, Islamkundelehrerinnen und -lehrern, Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, der Medien sowie der Wirtschaft und Politik zusammensetzt.

2.4 Ministerium für Inneres und Kommunales und Justizministerium

Dienstbesprechung für Ansprechpartner/innen der Justizvollzugsanstalten

JM und MIK veranstalten am 13. Oktober 2011 im Stadttor Düsseldorf eine Dienstbesprechung für die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zum Thema Rechtsextremismus in den 37 Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen. Die Veranstaltung dient dazu, aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus zu erörtern, Erfahrungen aus der Praxis auszutauschen und über Netzwerke in NRW zu informieren, die Unterstützung und Beratung zu diesem Themenfeld leisten. Hierzu zählt das Aussteigerprogramm Nordrhein-Westfalen, das auch Inhaftierten, die die Bereitschaft zum Neuanfang signalisieren, individuelle Hilfe anbietet. Die Schwerpunkte der Dienstbesprechung werden in Absprache mit den Teilnehmenden festgelegt. Auf den

Erfahrungen der Veranstaltung aufbauend, ist geplant, künftig einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch herzustellen.

3. Maßnahmen einzelner Ressorts

3.1 Ministerium für Schule und Weiterbildung

Im Schulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen heißt es: „Die Schülerinnen und Schüler sollen insbesondere lernen, [...] die grundlegenden Normen des Grundgesetzes und der Landesverfassung zu verstehen und für die Demokratie einzutreten.“ (SchulG. § 2, Abs. 5) Diese Aufgabe ist eine Querschnittsaufgabe der Schule, die sich auf das gesamte Schulleben erstreckt. Zentrale Aufgabe der Extremismusprävention ist, Schülerinnen und Schüler zu überzeugten Demokratinnen und Demokraten zu erziehen. Neben der Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen bedarf es dazu der Vermittlung grundlegender demokratischer Kompetenzen wie Toleranz, Diskursfähigkeit, Empathie und Konfliktfähigkeit.

Extremismusprävention im Fachunterricht

Die Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen bleibt ein Schwerpunktthema in den Fächern der politischen Bildung. Neu veröffentlichte kompetenzorientierte Lehrpläne für diese Fächer enthalten die Auseinandersetzung mit Extremismus als obligatorischen Inhalt des Unterrichts.

Extremismusprävention durch Demokratieerziehung

Die Demokratieerziehung vollzieht sich neben dem Unterricht in den Fächern der politischen Bildung in weiteren Fächern sowie durch die Entwicklung einer entsprechenden Schulkultur.

Zur Förderung der Demokratiekompetenz setzen die Schulen zahlreiche Programme ein. Als Beispiele zu nennen sind:

- Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und „buddY e.V.“ beteiligen sich 60 Schulen am buddY-Landesprogramm. Ziel ist, Konzepte der Peergroup-Education, der Partizipation in der Schule und der Selbstwirksamkeit von Schülerinnen und Schülern zu entwickeln und umzusetzen. Das Projekt wird ausgeweitet.

- Im Rahmen des vom Ministerium für Schule und Weiterbildung unterstützten Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sind in Nordrhein-Westfalen 225 Schulen mit dem Zertifikat ausgezeichnet worden (Stand: 1. Juli 2011).
- Im Fortbildungsschwerpunkt „Werteerziehung“, zu dem unter anderem ein Modul „Demokratiekompetenzen“ gehört, stehen die ersten Moderatorinnen und Moderatoren für Fortbildungen bereit.

Zu ressortübergreifenden Maßnahmen mit Beteiligung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung siehe 2.1 und 2.2.

3.2 Ministerium für Inneres und Kommunales

Prävention und Aufklärung besitzen nach wie vor einen besonderen Stellenwert für die Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium für Inneres und Kommunales. Schwerpunkte liegen auf der Information von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendbildungsarbeit sowie der nordrhein-westfälischen Kommunen. Insbesondere zum Themenfeld Rechtsextremismus führt der Verfassungsschutz Aufklärungsveranstaltungen in allen Landesteilen durch – im Jahr 2010 mehr als 100 Veranstaltungen mit rund 4.600 Teilnehmenden. Die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen gehen konsequent gegen alle Formen politisch motivierter Straftaten vor und führen daneben auf der Grundlage spezieller Landes- und Bundeskonzepte eine Vielzahl von Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung entsprechender Straftaten durch.

Publikationen

- Aus der Tagung „WIR oder Scharia? Islamfeindschaft als Kampagnenthema im Rechtsextremismus“ (*siehe: Veranstaltungen*) ist ein Sammelband hervorgegangen, den das MIK im August 2011 gemeinsam mit Prof. Wolfgang Benz, langjähriger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, und einem Fachverlag für Publikationen der politischen Bildung veröffentlicht hat. Der Band verbindet sozial- und geschichtswissenschaftliche Analysen, Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und Impulse für die Praxis der Prävention. Über die Inhalte der Tagung hinaus enthält er Projektberichte aus Schulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.
- „Wer sind die Grauen Wölfe?“. Unter diesem Titel hat das MIK im September 2011 eine Broschüre veröffentlicht, die sich mit der türkischen nationalistischen Bewegung befasst, die auch als „Ülkücü-Bewegung“ bekannt ist. Die Broschüre richtet sich schwerpunktmäßig an pädagogische Fachkräfte und informiert insbesondere über Ideologie, Symbolik und Internet-Agitation der „Grauen Wölfe“.
- Die stark nachgefragte Broschüre des MIK „Musik – Mode – Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen“ für Eltern und pädagogische Fachkräfte wurde aktualisiert und erscheint im November 2011 in sechster Auflage.
- Im November 2010 ist die zweite Auflage des Bildungscomics „Andi 3“ zum Thema Linksextremismus erschienen, die fünfte Auflage des Hefts „Andi 1“ zum Thema Rechtsextremismus im September 2011. Eine aktualisierte Neuauflage

dieses Hefts ist für 2012 geplant. Das Land Niedersachsen hat 2010 alle drei Ausgaben der „Andi“-Reihe nachgedruckt und in die eigene Aufklärungspraxis übernommen. Das Bundesfamilienministerium hat das Heft „Andi 3“ übernommen. Die Gesamtauflage der „Andi“-Hefte liegt inzwischen deutlich über einer Million Exemplare.

- Das KommunalWiki „Für Demokratie – gegen Extremismus“, das das Innenministerium 2008 gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden in Nordrhein-Westfalen eingerichtet hat, wird zurzeit zu einem Gemeinschaftsprojekt mit dem Land Brandenburg und dem Freistaat Sachsen ausgebaut. Eine öffentliche Präsentation der erweiterten Informationsplattform findet 2012 statt.

Veranstaltungen

- Gemeinsam mit der DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh hat das MIK am 23. November 2010 die Fachtagung „'WIR oder Scharia'? Islamfeindschaft als Kampagnenthema im Rechtsextremismus“ veranstaltet. An ihr nahmen rund 170 Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder, zivilgesellschaftlicher Organisationen, der pädagogischen Praxis und der Medien teil. Systematische und pauschale Attacken auf den Islam sind in jüngster Zeit zu einem prägenden Faktor rechtsextremistischer Agitation geworden. Die Tagung nahm Botschaften und Ziele solcher Kampagnen, Diskursstrategien und Erfolgsaussichten kritisch in den Blick.
- „Missbrauch historischer Orte und Daten durch Rechtsextremisten. Handlungsmöglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Kommunen“: Eine Fachtagung zu diesem Thema haben das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“, das Kreismuseum Wewelsburg und das MIK vom 10. bis 11. Dezember 2010 auf der Wewelsburg durchgeführt. Die Tagung ging den Bemühungen insbesondere der NPD und der neonazistischen Szene nach, Symbole wie den 1. Mai oder den Antikriegstag zu besetzen und im rechtsextremistischen Sinne umzudeuten.
- Die Bundeszentrale für politische Bildung, jugendschutz.net und das MIK haben von Februar bis Mai 2011 im Arbeitnehmerzentrum Königswinter die Veranstaltungsreihe „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Aus- und Fortbildung außerschulischer pädagogischer Fachkräfte veranstaltet. Die medienpädagogische Fortbildung umfasste drei je dreitägige

Seminarblöcke – im Fokus standen rechtsextremistische Medien für Jugendliche wie CDs, Schülerzeitungen und Angebote im Web 2.0. Die Teilnehmenden entwickelten Konzepte und Projekte, die sie im nächsten Schritt in ihre Praxis übertragen. Das Pilotprojekt fand eine sehr erfreuliche Resonanz: 82 Prozent der Teilnehmenden beurteilten die Veranstaltung mit „sehr gut“, 18 Prozent mit „gut“. Eine Dokumentation der Reihe ist im Oktober 2011 erschienen.

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes NRW haben in Zusammenarbeit mit den Universitäten Bonn, Düsseldorf und Bochum Lehrveranstaltungen angeboten – darunter ein Seminar zum Themenbereich „Islam und Islamismus“ (Bonn), das vor allem islamistische Ideologien und Gruppierungen in den Blick nahm. Die dreitägige Veranstaltung „Mythos Kameradschaft“ im Juli 2011 ging Grundlagen und Praxis der Gemeinschaftsbildung im Nationalsozialismus und im heutigen Rechtsextremismus nach. Sie fand in der ehemaligen NS-„Ordensburg“ Vogelsang (Eifel) in Kooperation mit der Ruhr-Universität, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der vogelsang ip gGmbH statt, die die Erinnerungsarbeit in Vogelsang gestaltet.

Weitere Maßnahmen

Präventionsmaßnahmen des Verfassungsschutzes NRW finden häufig in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften statt. Dies gilt beispielsweise für das dreijährige Modellprojekt „Ibrahim trifft Abraham“, das der Düsseldorfer Jugendhilfeträger „Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.“ seit Oktober 2010 in Kooperation mit dem MIK durchführt. Das durch das Bundesfamilienministerium geförderte Projekt richtet sich an Jungen aus bildungsfernen Milieus aller Herkünfte – das Ziel ist die Stärkung der Dialog- und Toleranzfähigkeit gegenüber unterschiedlichen Religionen, Weltanschauungen und Lebensentwürfen in einer wertpluralen Gesellschaft. In Form eines Wettbewerbs entwickeln die Teilnehmenden in professionell moderierten Dialoggruppen attraktive Bildungsangebote für Gleichaltrige. Eine Experten-Jury kürt das beste Konzept, das mit der Gewinnergruppe umgesetzt wird. Im abschließenden dritten Jahr wird der Wettbewerb auf drei weitere Städte in NRW ausgeweitet.

Zu ressortübergreifenden Maßnahmen mit Beteiligung des Ministeriums für Inneres und Kommunales siehe 2.1, 2.2., 2.3 und 2.4.

3.3 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Antidiskriminierungsarbeit als Eckpunkt der Arbeit der Integrationsagenturen in Nordrhein-Westfalen

Antidiskriminierungsarbeit wird als integraler Bestandteil der Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen betrachtet. So wird seit 2009 die Antidiskriminierungsarbeit als ein Arbeitsschwerpunkt der Integrationsagenturen unter dem Dach der Wohlfahrtsverbände vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales gefördert.

Ziel der Antidiskriminierungsarbeit ist es, Diskriminierung vorzubeugen und den Betroffenen die Wahrnehmung ihrer Rechte zu ermöglichen. Wer aus Gründen der Herkunft, der Religion, der Weltanschauung oder des Aussehens diskriminiert wird oder Zeuge einer Diskriminierung war, kann sich deshalb an eine Integrationsagentur wenden. Sie berät und bietet Opferschutz. Integrationsagenturen klären außerdem über Diskriminierung auf und sensibilisieren für das Thema.

Vonseiten der aktuell 131 Integrationsagenturen wird eine Vielzahl von Maßnahmen zur Extremismusprävention in Nordrhein-Westfalen ergriffen. Exemplarisch seien folgende genannt:

- Die Integrationsagentur des Caritasverbandes Köln führt an Schulen und Jugendeinrichtungen präventive Workshops zum Abbau von Diskriminierung und Aufbau von Wertschätzung interkultureller/interreligiöser Vielfalt durch.
- Unter der Überschrift „ART – Anti-Rassismus-Training in Schulen“ führte die Integrationsagentur des Caritasverbandes Neuss in Zusammenarbeit mit den berufsbildenden Schulen ein „Antirassismustraining“ durch. Zusammen mit den Schülern und Schülerinnen wurden kreative Ansätze entwickelt, um im täglichen Umgang auch außerhalb des Unterrichts Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abzubauen und Toleranz und Solidarität zu stärken.
- Die Integrationsagenturen der AWO Westliches Westfalen in Ahlen und Hamm haben in 2011 im Zusammenhang mit Aktivitäten rechtsextremistischer Organisationen in beiden Städten Aktionen zur Extremismusprävention durchgeführt.
- Die Integrationsagentur Jülich/Erkelenz des Diakonischen Werkes Rheinland-Westfalen-Lippe (DW RWL) hat einen Schwerpunkt in der Präventionsarbeit gegen rechtsextremistische Einstellungen in Schulen.
- In Düren koordiniert die Integrationsagentur des DW RWL den Arbeitskreis In-

tegration im Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, der eine Diskriminierungsmeldestelle eingerichtet hat.

Zu ressortübergreifenden Maßnahmen mit Beteiligung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales siehe 2.2 und 2.3.

3.4 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

3.4.1 Maßnahmen in den Bereichen Jugend und Kinder sowie Sport

In allen Lebensbereichen werden Kinder und Jugendliche durch Aktionen von Rechtsextremisten demokratiefeindlicher Ideologie ausgesetzt, um sie für die entsprechenden Parteien und Gruppen anzuwerben. Durch Aufklärung und zielgruppengerechte Präventionsmaßnahmen müssen daher Kinder und Jugendliche bereits frühzeitig gegen jegliche extremistische Bestrebungen gestärkt werden.

Förderung von Kindern im Elementarbereich

Nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sollen in Tageseinrichtungen und Tagespflege betreute Kinder in ihrer Entwicklung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit gefördert werden. Die Kinder sollen an der Gestaltung des Alltags in der Kindertageseinrichtung ihrem Alter und ihren Bedürfnissen entsprechend mitwirken. Damit sollen sie demokratische Mitwirkungs- und Gestaltungsformen bereits von früher Jugend an erlernen. Dies findet in der pädagogischen Praxis in den Einrichtungen statt. Insofern leisten die Einrichtungen einen präventiven Beitrag im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung gegen Extremismus.

Kinder- und Jugendförderplan 2011–2015

In diesen Zusammenhängen hat auch der Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) 2011–2015 eine entscheidende Aufgabe. Er ist Ausdruck der neuen präventiven Bildungspolitik der Landesregierung und setzt gegenüber dem vorherigen KJFP neue Akzente. Eine zentrale Aufgabe kommt den Organisationen in den Einrichtungen der Jugendhilfe zu. Demokratie und Teilhabe sind wichtige Bereiche, die sich in der Mitwirkung und der pädagogischen Praxis widerspiegeln. Der KJFP weist gegenüber dem KJFP 2006–2010 neben Erhöhungen bei den mittelbaren präventiven Effekten der Jugendarbeit, die in allen Angeboten gegeben sind, vor allem eine Erhöhung der unmittelbar präventiv wirkenden Angebote der Jugendarbeit in Höhe von rd. 12,8 Millionen Euro auf. Zu nennen sind unter anderem die folgenden Einzelprojekte:

Fußballfanprojekte

In NRW werden 13 Fußballfanprojekte – zwei mehr als im Vorjahr: Aachen, Duis-

burg, Leverkusen, Köln, Düsseldorf, Essen, Oberhausen, Gelsenkirchen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Münster und Wuppertal – gemeinsam mit DFB/DFL und den Kommunen in der Spielzeit 2011/2012 mit rd. 550.000 Euro aus dem KJFP gefördert.

Internationale Jugendarbeit

In einer von Globalisierung und Zuwanderung geprägten Gesellschaft kommt dem Zusammenleben und dem wechselseitigen Verständnis unterschiedlicher Kulturen eine große Bedeutung zu. Projekte, die das Verstehen fördern und Gemeinsamkeiten erfahrbar machen, helfen, das interkulturelle Verständnis auf- und auszubauen und neue Formen des gemeinsamen Aufwachsens mit gegenseitigem Respekt zu entwickeln. Aufgrund der besonderen historischen Verpflichtung Deutschlands misst Nordrhein-Westfalen dem Austausch und den Begegnungen junger Menschen aus NRW und aus Israel einen hohen Stellenwert bei. Ab 2009 werden im Kinder- und Jugendförderplan für Jugendbegegnungsmaßnahmen, insbesondere mit Israel, jährlich 1,1 Millionen Euro bereitgestellt. Dieser Betrag wurde im Rahmen der Neuformulierung des Kinder- und Jugendförderplans 2011–2015 um 900.000 auf zwei Millionen Euro aufgestockt. Im Rahmen der politischen Jugendbildungsarbeit und zur sozialen Bildung werden als Beitrag zur Auseinandersetzung mit den Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Fahrten zu Gedenkstätten von Verbrechen des Nationalsozialismus aus dem Kinder- und Jugendförderplan unterstützt.

Jugendschutz

Besondere Bedeutung hat in der Kinder- und Jugendhilfe gegen Rechtsextremismus gerade der Jugendschutz. In diesen Zusammenhängen nimmt die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW e.V. (Köln) wichtige Aufklärungsarbeit wahr und unterstützt insbesondere pädagogische Fachkräfte in den Kommunen in ihrer Präventionsarbeit. Schwerpunkte bilden Information, Sensibilisierung und Weiterqualifizierung der in der Bildung und Erziehung tätigen Fachkräfte, aber auch von Eltern. Zur Förderung der Kooperation der örtlichen Jugendhilfe mit der Polizei und den Schulen wurde der Landesarbeitskreis „Jugendhilfe, Polizei und Schule“ gegründet, der den spezifischen Erfahrungsaustausch der Beteiligten unterstützt. Dazu werden seit vielen Jahren landesweite Fortbildungen zu verschiedenen Präventionsthemen durchgeführt und erfolgreiche Präventionskonzepte und Best-Practice-Projekte vorgestellt. Hierzu gehört auch die Förderung von IDA NRW.

Beratung von Familienangehörigen und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher in NRW

Einen Schwerpunkt der Kinder- und Jugendhilfe stellen auch die Bemühungen dar, durch zielgruppengerechte Ansprache und Beratungsstrukturen betroffenen Familien zu helfen, den Dialog mit den Jugendlichen dahingehend zu führen, ihnen eine Ausstiegsperspektive aufzeigen zu können. Hierzu wurden in den letzten Jahren Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilderinnen und Ausbilder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendsozialarbeit geschult und vernetzt. Neben landesweiten Informationsveranstaltungen und Fortbildungen wurde im Rahmen des Xenos-Programms mit Ergänzung durch Bundesmittel hierzu eine fast flächendeckende Beratungsstruktur für die Betroffenen geschaffen.

Sport

Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenhass sind ein gesellschaftliches Problem und halten auch Einzug in das Feld des Sports. Diskriminierende Äußerungen und Verhaltensweisen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, behinderten oder homosexuellen Menschen bei sportlichen Wettkämpfen, Verbreitung von rechtsextremistischen Gesinnungen in Sportvereinen bis hin zu rassistischen und fremdenfeindlichen Fangesängen bei sportlichen Großveranstaltungen spiegeln den Alltag der rassistischen Übergriffe im Sport wider. Rassismus im Sport muss öffentlich diskutiert und thematisiert werden, um alle Beteiligten des organisierten Sports zu sensibilisieren. Insbesondere vor dem Hintergrund eines latenten Rassismus ist eine intensive und breite Enttabuisierung, Sensibilisierung und Prävention anzustreben. Zu den künftigen Schwerpunkten des neuen Landespräventionsrates wird deshalb auch das Thema „Gewaltprävention im und durch Sport“ gehören.

3.4.2 Maßnahmen der Landeszentrale für politische Bildung

Die Auseinandersetzung mit neuen und alten Formen des Links- und Rechtsextremismus, Rassismus, des Antisemitismus und des Islamismus ist Kernthema des Angebots der audiovisuellen Medien, Bücher und Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung. Seit April 2008 ist die Landeszentrale für die Landeskoordinierungsstelle zuständig. Sie hat seit 2009 gemeinsam mit Trägern in den fünf Regie-

rungsbezirken ein landesweites Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus aufgebaut.

Bücher

Folgende Publikationen zum Thema Extremismusprävention werden neu im Schriftenprogramm der Landeszentrale angeboten:

- Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010
- Sönke Neitzel, Harald Welzer: Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, Frankfurt am Main 2011
- Grit Poppe: Weggesperrt, Hamburg 2009 [Preisbuch 2010 Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher]
- Friso Wielenga, Florian Hartleb (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster 2011.

Audiovisuelle Medien

Zum Themenbereich „Extremismus“ liegt ein breites Medienrepertoire vor, das ständig erweitert wird und sich besonders an Jugendliche und Multiplikatoren richtet. Eine Reihe dieser Medien wurde erstmals als Online-Videos konfektioniert auf der Webseite und auf dem YouTube-Kanal der Landeszentrale einer großen Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Dokumentation „Rechtsextremismus heute: Zwischen Schnulser und Springerstiefeln“ ist innerhalb eines halben Jahres allein auf YouTube knapp 6.000-mal abgerufen worden. Der Titel gehört damit zu einem der erfolgreichsten Videos der Landeszentrale in diesem Kanal. Weitere neue Online-Titel: „Die rechten Antiglobalisierer“ und „Wie Rechtsextreme ködern“. Aus der Medienkompetenz-Reihe „Moritz und die digitale Welt“ ist der Titel „Nazi-Sounds“ mit über 12.000 YouTube-Abrufen als außergewöhnlich erfolgreich einzustufen. Anfang 2011 wurde auch eine Reihe von Titeln aus verwandten Themenbereichen erstmals als Online-Video veröffentlicht, unter anderem zu den Themen Islam und Ausländerfeindlichkeit im Fußball.

Veranstaltungen

Die Veranstaltungsreihen der Landeszentrale in Kooperation mit MIK und MSW sind fortgesetzt worden: „Courage zeigen! Gegen Gewalt, Rassismus und Antisemitis-

mus“ (seit 2007), „Islam? Islamismus? Herausforderungen für Pädagogik und Gesellschaft. Eine Informationsreihe für die Bildungsarbeit“ (seit 2009), „Argumentations-training gegen rechtsextremistische Parolen“ (2010) und „Präventionstage gegen Rechtsextremismus“ (seit 2005). Die unklare Haushaltslage im 1. Halbjahr 2011 ließ die Realisierung neuer bzw. zusätzlicher Formate bislang nicht zu.

Grundsatz

„Forum Politische Bildung“ ist der neue Titel des Informationsangebots der Landeszentrale für Besuchergruppen von Abgeordneten und Ministern. Die LZpB entwickelt zurzeit mit dem Verfassungsschutz NRW ein Vortragskonzept „Linksextremismus und politische Gewalt“, das das gut nachgefragte Angebot „Rechtsextremismus bei Jugendlichen: Musik – Mode – Markenzeichen“ bzw. die Aufklärung über „Islamischen Extremismus/Islamismus im Internet“ ergänzen soll. Das Projekt „14plus“, das ab der 7. Klasse an Schulen mit besonders hohem Anteil Jugendlicher aus Zuwandererfamilien Wissensvermittlung mit Demokratieerziehung und Berufswahlorientierung verknüpft, fördert zugleich Integration und die Chancen zu sozialem Aufstieg durch Bildung. Die Jugendlichen werden dabei unterstützt, Grundlagen der politischen und gesellschaftlichen Ordnung zu verstehen sowie einen anerkannten Platz in der Gesellschaft und im Berufsleben zu finden. Das Projekt „14plus“ wird inzwischen landesweit an 20 sogenannten „Brennpunktschulen“ an 13 Standorten angeboten. Den Schwerpunkt der rd. 400 Veranstaltungen der geförderten Einrichtungen in NRW bilden Angebote zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, aber auch zu den Themen „Islamismus“ und „Linksextremismus“ werden Veranstaltungen angeboten.

Gedenkstättenförderung und Erinnerungskultur

Im Bereich Erinnerungskultur und Gedenkstättenförderung hat die LZpB 2010 insgesamt 27 Projekte mit einem Fördervolumen von mehr als 360.000 Euro unterstützt. Alle Maßnahmen dienen der Aufklärung über historisch-politische Fakten und Zusammenhänge, über die Ursachen und Folgen von totalitärer Herrschaft, Rassismus und Krieg. Sie unterstützen eine wirkungsvolle Extremismusprävention bei gleichzeitiger Stärkung der Demokratiekompetenz von Jugendlichen und Erwachsenen.

Zu ressortübergreifenden Maßnahmen mit Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung siehe 2.2.